

## Lothar Riepsamen MdB zum aktuellen Stand der Flüchtlingspolitik:

### „Grenzen dicht machen ist keine Option.“

Das Thema Flüchtlinge beherrscht in Deutschland seit vielen Monaten Gespräche, Debatten und Medienberichte. Flüchtlingspolitik ist die große Herausforderung nicht nur dieser, sondern auch der nächsten Legislaturperiode, davon bin ich überzeugt. Wir werden noch einen langen Atem brauchen. In den kommenden Jahren müssen wir uns weiterhin auf höhere Zuwanderungsraten einstellen, Millionen Flüchtlinge aus Afrika, aus dem Nahen und dem Mittleren Osten werden vor Krieg und Hunger nach Europa flüchten. Da helfen keine Kurzschlusshandlungen. Grenzschließungen, wie häufig gefordert, würden nicht nur eine humanitäre Katastrophe bedeuten, sondern auch das Ende der EU und ein wirtschaftliches Fiasko. Was wir brauchen ist Geduld: die beschlossenen Asylpakete müssen von den Bundesländern zunächst einmal umgesetzt werden, bevor wir über deren Wirksamkeit richten. Was die europäische Lösung angeht müssen wir beharrlich bleiben. Wir brauchen ein Europa, das mit dieser neuen Situation umgehen kann.

### Die Entwicklung der Situation

Im November 2015 zählte Deutschland täglich 10.000 einreisende Flüchtlinge, die Zahl hat sich bis heute auf rund 3000 reduziert. Wurden in 2015 täglich über 600 Asylanträge entschieden, liegt diese Zahl heute bei 2000, mit steigender Tendenz. Würden wir diese Zahlen nicht weiter verbessern, kämen wir in 2016 erneut auf eine Million Zuwanderer.

Mit dem Asylpaket I hat die Regierung im vergangenen Oktober umfangreiche Maßnahmenbündel zur Reduzierung der Flüchtlingszahlen verabschiedet: Asylverfahren wurden beschleunigt, Fehlanreize reduziert, Abschiebungen erleichtert. Mit dem Asylpaket II wollen wir eine lückenlose Registrierung aller Flüchtlinge fördern, den Familiennachzug einschränken und die Rückführung nicht Schutzbedürftiger beschleunigen. Nach der Kölner Silvesternacht kam auch die SPD endlich in die Gänge und stimmte dem zweiten Asylpaket zu. **Kabinettsbeschluss, 20.1.?** Eine weitere wichtige Maßnahme ist die Einstufung der Nordafrikanischen Länder Algerien und Marokko als sichere Drittstaaten (**ist das Teil des Asylpakets II?**). In Aufnahmeeinrichtungen der europäischen Länder sollen Zuwanderer dieser Staaten aufgenommen werden und über deren Anträge innerhalb von drei Wochen entschieden werden. Im vergangenen Jahr hatte Deutschland bereits Staaten des Westbalkans zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt und damit den Zustrom an Menschen aus eben diesen Ländern drastisch auf ein Minimum reduziert.

## **Die europäische Lösung**

„Die Grenzen dicht machen“, „Obergrenzen einführen“ – diese Forderungen wurden in den vergangenen Wochen immer lauter. Doch solche Maßnahmen hätten schwerwiegende humanitäre, europapolitische und wirtschaftliche Folgen. Nicht die deutschen Grenzen müssen dicht gemacht werden, sondern Europa muss gemeinsam die Außengrenzen schützen. Alle Flüchtlinge müssen in Italien und Griechenland registriert werden. Und sie müssen gerecht auf alle EU-Staaten verteilt werden. Eine europäische Lösung heißt, dass die Mitgliedstaaten viel Geld investieren müssen. Wichtig ist, die Fluchtursachen zu bekämpfen und die Lager im Libanon, in der Türkei, in Jordanien und Tunesien mit finanziellen Mitteln so auszustatten, dass dort die Flüchtlinge aus Syrien würdevoll leben können. Die Beteiligung deutscher Soldaten am Kampf gegen die Terrororganisation IS und die Unterstützung kurdischer Truppen mit Waffen ist ein weiterer Baustein der Strategie der Bundesregierung.

## **Die gesellschaftliche Herausforderung**

Neben Gesetzen, Asylpaketen, Zahlen und Strategien steht natürlich die soziale Komponente im Mittelpunkt. Wie können wir Flüchtlinge in die Gesellschaft integrieren? Seit der Silvesternacht ist diese Frage brisanter denn je. Die Ereignisse von Köln und anderen Städten in der Silvesternacht haben mich schockiert. Die gegen Frauen gerichtete sexuelle Gewalt ist widerwärtig und darf sich nicht wiederholen.

Die Ereignisse haben die Menschen in Deutschland bestimmt sensibilisiert, werden gar als Angriff auf das deutsche, westliche Wertesystem verstanden. Aber wir dürfen nun nicht den Fehler machen alle Flüchtlinge über einen Kamm zu scheren und in jedem Flüchtling einen potenziellen Kriminellen zu sehen. Wir dürfen keinen Generalverdacht zulassen. Unser Rechtsstaat ist stark genug die Täter zur Rechenschaft zu ziehen und sie gerecht zu bestrafen. Der Bundesminister des Inneren und der Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz haben auf Köln reagiert und sich auf eine Verschärfung der Gesetze geeinigt. Wenn ein Ausländer wegen Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung, das Eigentum oder wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe verurteilt ist, ist ihm künftig die Ausweisung so gut wie sicher. Bisher waren die Hürden für eine Abschiebung hoch, was die CDU übrigens schon vor Köln kritisierte. Jetzt sind wir uns einig: Wer unser Gastrecht missbraucht, hat sein Recht darauf verwirkt.

Für die anderen aber gilt: Alle Flüchtlinge haben Anspruch auf eine menschenwürdige Behandlung und ein faires Verfahren. Wer keinen Schutz braucht, soll schnell zurückgeführt werden. Wer unseren Schutz braucht, soll schnellstmöglich in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt integriert werden.

200 pro Tag an Grenze, die nach Schweden wollen dürfen nicht durch. ??? Habe nichts dazu gefunden...wenn Sie das drin haben möchten, geben Sie mir bitte ein paar mehr Hinweise dazu um was es sich handelt...